

BERLINER RUNDSCHAU



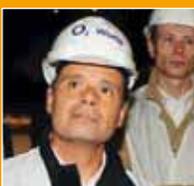
Lehrermangel, Stundenausfall, Einheitsschule = Bildungschaos zum Schulanfang



**13. August:
Kein Vergessen**

Ingo Schmitt auf der
trationellen Gedenk-
veranstaltung

Seite 11



**Friedbert Pflüger:
Sommertour**

Der Fraktionsvorsitzende
informiert sich vor Ort

Seite 9



**Produktive Unruhe
erwünscht**

Frank Henkel zu Um-
fragen und Koalitionen

Seite 4

ZAHLEN • FAKTEN • HINTERGRÜNDE



36.000.000.000

Seit einem halben Jahr ist die neue Internet-Seite der CDU-Berlin nun im weltweiten Netz abrufbar. Seitdem wurden 36 GB (= 36.000.000.000 Bytes) an Daten herunter geladen worden. Jeden Monat werden zwischen 60000 und 80000 Seiten aufgerufen und insgesamt haben bereits über 84000 Menschen die Seite der Berliner Christdemokraten besucht.

530.755

Die CDU hat aktuell 530.755 Mitglieder – und damit erstmals in der Geschichte mehr Mitglieder als die SPD. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres traten über 9.600 Bürgerinnen und Bürger in die CDU ein. Gemeinsam mit der CSU in Bayern haben die Unionsparteien schon seit 1995 deutschlandweit mehr Mitglieder als die SPD.

40,31 Millionen

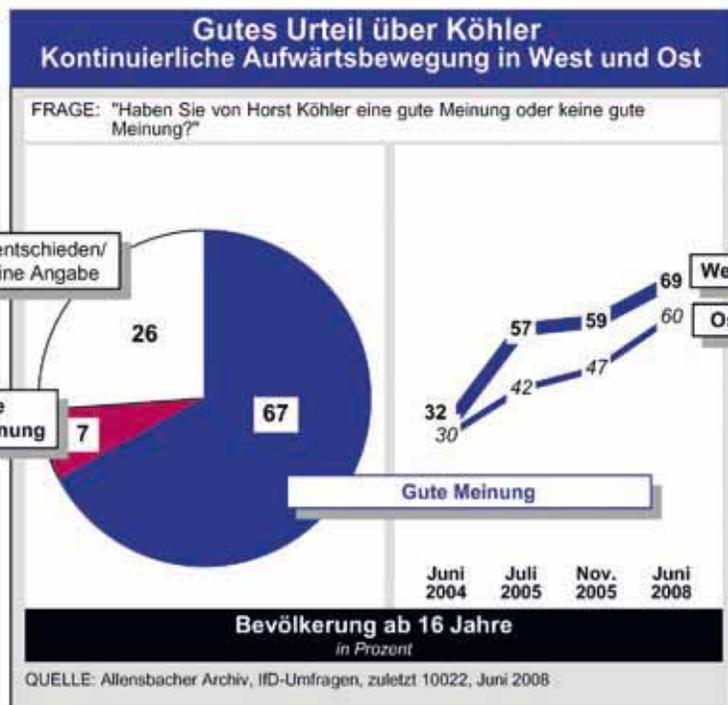
Über vierzig Millionen Menschen haben einen Arbeitsplatz – soviel wie nie zuvor in der Bundesrepublik Deutschland.



Vor **zehn Jahren** wurde die LSU (Lesben und Schwule in der Union) gegründet. In der Bundeshauptstadt ist die LSU anders als sonstwo seit Jahren ein anerkannter Arbeitskreis der CDU Berlin. Das Foto zeigt den diesjährigen LSU-Wagen zum Christopher-Street-Day beim Umzug vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

1998

50% ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zu Rot-Grün zurückgegangen.



12.000 Geburten mehr als im Vorjahr sind 2008 zu verzeichnen. Die steigenden Zahlen bestätigen die erfolgreiche Familienpolitik von CDU-Ministerin Ursula von der Leyen. Vor allem der Erfolgsschlagel Elterngeld kommt bei jungen Müttern und Vätern an.

10 JAHRE

Rudolf Dreßler, SPD-Sozialpolitiker, Juni 2008:

„Wer nun geglaubt hat, durch eine solche Nominierung (von Gesine) könne er (Beck) aus seinem Meinungstief kommen, der kann nicht auf der Höhe der Zeit sein [...] Sie [die SPD] hat in den letzten 10 Jahren [...] ungefähr zehn bis elf Millionen Wähler nach den Umfragen verloren, 400.000 Mitglieder, sechs Ministerpräsidenten, Tausende von Kommunalabgeordneten. Und ein solcher Niedergang, der lässt sich nicht durch die Nominierung einer Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten kompensieren...“

Platz 1

belegt Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Rangliste der mächtigsten Frauen der Welt. Damit führt die CDU-Politikerin zum dritten Mal in Folge die Ende August 2008 veröffentlichte „Power-Liste“ des US-Magazins „Forbes“ an. Auf Platz zwei folgt die Amerikanerin Sheila Bair, Vorsitzende der US-Einlagensicherungsbehörde FDIC. Konzernchefin Indra Nooyi vom Getränkegiganten Pepsico sicherte sich den dritten Rang. US-Außenministerin Condoleezza Rice rutschte im Vergleich zum Vorjahr um drei Stellen auf den siebten Rang ab.



Ab dem 22. September für Religion als Wahlpflichtfach stimmen

SPD und Linkspartei haben im Schuljahr 2006/2007 den Ethikunterricht als ordentliches Unterrichtsfach eingeführt. Eine Kampfansage an den Religionsunterricht. Denn seitdem wird der Religionsunterricht in die Nachmittagsstunden verdrängt. Mit dem Beschluss der SPD, den Ethikunterricht auf die Grundschulen ausdehnen zu wollen, droht er nun bald vollständig aus dem Schulalltag zu verschwinden. Es ist erschreckend, dass den Berliner Genossen der Koalitionsfrieden offenbar wichtiger ist als das Bekenntnis zu unserem christlichen Wertefundament.



Mit der Einführung des Ethikunterrichts hat Rot-Rot zudem die Wahlfreiheit von Eltern und Schülern beschnitten – eine noch stärkere Beschneidung der Wahlfreiheit würde die geplante Ausdehnung auf die Grundschulen mit sich bringen. Nach jetziger Regelung kann nämlich das Fach Religion im Gegensatz zum Fach Ethik nur freiwillig und zusätzlich belegt werden. Aufgrund der Ungleichbehandlung beider Wertefächer müssen also die Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen wollen, länger in der Schule bleiben. Dass Rot-Rot trotzdem von Wahlfreiheit spricht, ist zynisch.

Die CDU will den Eltern und Schülern ihre Wahlfreiheit wiedergeben. Wir unterstützen deshalb das von `Pro Reli´ initiierte Volksbegehren, Religion als ordentliches Wahlpflicht-

fach einzuführen. Bei einem Erfolg würde Religion alternativ zum Ethikunterricht stattfinden können. Dadurch würden die freiwilligen zusätzlichen Stunden entfallen. Ein weiterer Vorteil wäre die staatliche Kontrolle des umstrittenen Islamunterrichts. Bisher wird dieser weitgehend unkontrolliert unterrichtet. Das ist jedoch eine von SPD und Linkspartei falsch verstandene Toleranz, die Integration verhindert und letztlich ethnische Spannungen fördert.

Christliche Werte sind Grundlage der Gesellschaft

Die christlichen Werte sind Grundlage unserer Gesellschaft, auf ihnen fußt unser Grundgesetz. Es ist erschreckend, wie wenig Bedeutung die Berliner SPD unserem Wertefundament beimisst. Offenbar steht der Koalitionsfrieden mit der Linkspartei über den Interessen der Schüler. In anderen Bundesländern ist der



Religionsunterricht als ordentliches Schulfach eine Selbstverständlichkeit. Stoppen Sie den Alleingang Berlins und stimmen Sie ab dem 22. September 2008 mit `Ja´.



Ypsilanti und die SPD: Machtversessen und geschichtsvergessen

Der erste Anlauf von Andrea Ypsilanti, sich in Hessen mit der Linkspartei an die Macht zu hieven, ist am Widerstand einer einzigen standhaften Sozialdemokratin gescheitert. Doch die hessische SPD-Frontfrau setzt ihr ‚Projekt Wortbruch‘ unbeirrt fort. Am 13. August 2008 hat der SPD-Landesvorstand den Fahrplan für einen zweiten Anlauf beschlossen. Dass Ypsilanti ausgerechnet den Tag des Mauerbaus gewählt hat, um Gespräche über die Zusammenarbeit mit einer Partei zu führen, die diese Mauer und die an ihr verübten Verbrechen zu verantworten hat, ist an Geschichtsvergessenheit und Instinktlosigkeit nicht zu überbieten. Stasi, Stacheldraht und Schießbefehl, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED - haben die Sozialdemokraten das alles verdrängt? Beck und Steinmeier sehen tatenlos zu, wie sich die SPD zunehmend in die Hände der Linkspartei begibt und von den Launen eines Herrn Lafontaine abhängig macht. Aber auch Frau Ypsilanti erliegt einer Illusion, wenn sie glaubt, die Linke beherrschen zu können. So rühmt sich die Berliner SPD seit Jahren, die SED-Nachfolger im Griff zu haben, doch Herr Wowereit ist schon lange nicht mehr der Dompteur. Die Linke bestimmt zunehmend die Regierungspolitik - bei der Enthaltung zum EU-Reformvertrag gegen den erklärten Willen des Regierenden Bürgermeisters, beim Durchpeitschen der Einheitsschule und dem damit verbundenen Kulturkampf gegen die Gymnasien. Wenn die SPD nun im Westen der Republik die Schleusen öffnet, droht sie auch dort zum politischen Erfüllungsgehilfen und im Saarland gar zum Steigbügelhalter für Lafontaine und seine rote Brigaden zu werden.

Der Kniefall der Sozialdemokratie vor der Linkspartei hat unmittelbare Auswirkungen auf die Bundestagswahl im Herbst 2009. Niemand wird den Herren Beck und Steinmeier mehr abkaufen, dass es eine rot-rot-grüne Koalition im Bund unter keinen Umständen geben wird. Die Bürgerinnen und Bürger stehen deshalb im kommenden Jahr vor einer klaren Alternative zwischen dem CDU-geführten bürgerlichen Lager und einer Linksaußenkoalition. Jede Stimme für die SPD wird eine Stimme für Rot-Rot-Grün sein, jede Stimme für die SPD könnte den Weg in eine andere Republik freimachen. Die Linkspartei bekennt sich zum Sozialismus und will Staat und Gesellschaft in ihrem Sinne verändern. Dazu braucht sie ein Vehikel - und scheint es in der SPD gefunden zu haben.

Schmitt: Berliner Schulpolitik hat auf voller Linie versagt

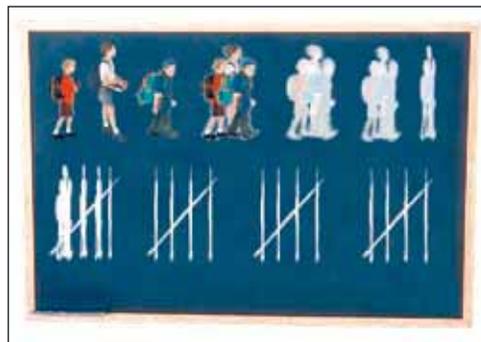
Am 6. September ist es wieder soweit: Für rund 25.000 Berliner Mädchen und Jungen steht der erste Schultag auf dem Programm. Es beginnt ein neuer Lebensabschnitt, der bei den Kindern den Grundstein für ein positives lebenslanges Verhältnis zum Lernen legen soll. Eltern hoffen, dass Schule von nun an eine optimale Förderung in sämtlichen Bereichen bietet, um den Kleinen eine hoffnungsvolle und erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen. Doch die rot-rote Realität sieht anders aus.

Die Berliner Bildungspolitik ist seit Jahren geprägt von halbherzigen Reformversuchen und schulorganisatorischem Chaos. Lehrer fühlen sich allein gelassen, Eltern sind verzweifelt und Schüler demotiviert. Der stetig zunehmende Verfall der Schulgebäude ist unübersehbar. Schlecht geheizte Klassenzimmer, marode Gebäude und stinkende Toiletten zählen für die Mehrheit der Schüler zum Alltag. Auch in diesem Jahr gab es wieder zahlreiche Hilfe-

rufe von Berliner Schulen. Doch die Missstände wurden bis heute nicht beseitigt.

Für den CDU-Landesvorsitzenden Ingo Schmitt ist diese Situation ein Desaster: „Die Schulpolitik des Senates hat auf voller Linie versagt. Man muss doch nur auf die Daten blicken, um festzustellen, dass Berliner Schulkinder keine ausreichende Förderung erhalten.“

Schmitt verweist etwa auf die Pisa-Studie, in der Berlin im internationalen und nationalen Vergleich regelmäßig einen der hintersten Ränge einnimmt, während Schüler aus Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg kontinuierlich die Nase vorn haben. „Das liegt nicht daran, dass in Berlin die Kinder nicht



Einheitsschule und Gleichmacherei drohen

schlau genug sind, sondern einzig und allein an der schulpolitischen Irrfahrt, auf der Rot-Rot seit Jahren unterwegs ist“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete. Statt Ursachen zu bekämpfen, mache Bildungssenator Zöllner mit Pleiten, Pech und Pannen Schlagzeilen. Schmitt erinnert dabei an das Fiasko bei den Matheklausuren im Juni dieses Jahres. Ingo Schmitt weiter: „Die Einführung der Einheitsschule ist ein rein ideologisch motivierter Fehltritt von Rot-Rot, wonach es absolut naiv gedacht ist, dass die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zu mehr Gerechtigkeit führt. Zu befürchten ist vielmehr, dass das Niveau generell absinkt,

Nicht nur die Fassaden der Berliner Schulen sind marode ...



da die ohnehin schon viel zu geringe Zahl an Lehrkräften vor extreme Herausforderungen gestellt wird. Die Folge: Unterforderung der Leistungsstarken und Überforderung der Leistungsschwächeren.“

Der Umstand, dass immer mehr Eltern für ihre Kinder Privatschulen bevorzugen, zeige, dass auch hier das Vertrauen in die Schulpolitik des Senates verloren gegangen sei. Dies sei kein Wunder bei dem massiven Unterrichtsausfall, wonach die meisten Stunden entweder gleich ersatzlos wegfallen oder von Vertretungslehrern übernommen werden, die für das jeweilige Fach gar keine Ausbildung haben. Der CDU-Landesvorsitzende betont: „Die Berliner CDU fordert schon seit langem, dass endlich zusätzliches und gut ausgebildetes Lehrpersonal eingestellt wird und die Tätigkeit an Berliner Schulen wieder an Attraktivität gewinnt, damit nicht noch mehr gute Absolventen wegen besserer Bedingungen und Bezahlung in andere Bundesländer abwandern. Für die Mädchen und Jungen, die sich auf ihre Einschulung freuen, bleibt nur zu hoffen, dass sich Rot-Rot endlich auf die Bedürfnisse der Kinder be-



Ein banger Blick auf die Berliner Schulpolitik

sinnt und schnellstmöglich handelt, damit die Hauptstadt nicht noch weiter ins schulpolitische Nirwana gerät.“



„Produktive Unruhe ist ausdrücklich erwünscht“

Die parlamentarische Sommerpause in der Hauptstadt neigt sich dem Ende entgegen. Die Berliner Rundschau sprach mit dem Generalsekretär der Berliner CDU, Frank Henkel, über die Partearbeit in den kommenden Monaten, Umfragergebnisse und Debatten über Schwarz-Grün.

BR: Herr Henkel, was hat sich die Berliner CDU für die kommenden Monate vorgenommen?

Zum einen wollen wir für die anstehenden Wahlen zum Europaparlament und zum Deutschen Bundestag ein überzeugendes Personalangebot machen. Zum anderen ist es unser Ziel, den rot-roten Senat weiter unter Druck zu setzen. Angriffsflächen gibt es genug. Der Regierende Bürgermeister setzt keine inhaltlichen Akzente, sondern findet nur in den Boulevardmedien statt. Die meisten Senatoren sind Totalausfälle. Ein Bildungssenator wie Herr Zöllner hätte in jedem anderen Bundesland längst den Hut nehmen müssen. Die Koalition stümpert vor sich hin, und das spiegelt sich auch in den Umfragen wider, in denen die SPD nur bei 25 Prozent liegt. Das ist ein desaströser Wert für eine Partei, die den Regierenden Bürgermeister stellt.

BR: In einigen Medien wird jedoch der Eindruck vermittelt, die Berliner CDU hätte dem Senat inhaltlich wenig entgegensetzen.

Davon kann keine Rede sein. Die Abgeordnetenhausfraktion, die das politische Tagesgeschäft wahrnimmt, leistet mit Friedbert Pflüger an der Spitze eine ausgezeichnete Arbeit. Unsere Abgeordneten äußern sich zu allen wichtigen Themen, ob es nun um das Bildungschaos, die Sanierung der Staatsoper oder die Schließung von Polizeiabschnitten geht. Die CDU-Fraktion hat auf ihrer diesjährigen Klausurfahrt nach Stuttgart ein Wirtschaftspapier verabschiedet, das mehr gute Gedanken enthält, als Senator Wolf in sieben Jahren Amtszeit zustande gebracht hat.

BR: Und wie sieht es mit der programmatischen Arbeit aus?

Der Landesvorstand unter Führung von Ingo Schmitt hat mit den Landesfachausschüssen hochklassig besetzte Expertengremien eingerichtet, die die inhaltliche Arbeit der Berliner CDU voranbringen. Zudem wurde der Landesausschuss zu einem Kleinen Parteitag aufgewertet. Auf den vergangenen Veranstaltungen haben wir mit Thüringens Ministerpräsident Althaus über das solidarische Bürgergeld diskutiert und uns mit den Themen Arbeit und sozialer Gerechtigkeit auseinandergesetzt. Darüber hinaus haben Landespartei und Fraktion eine gemeinsame Kommission eingerichtet, die für die kommenden

Jahre ein bildungspolitisches Programm erarbeiten soll. Unsere Partei lebt aber vor allem von den Mitgliedern, die sich u.a. in den Fachforen einbringen können und dieses Angebot auch wahrnehmen. Die Berliner CDU ist eine aktive Partei.

BR: Dennoch hat man das Gefühl, dass die CDU nicht von der Stelle kommt. In Umfragen hängt die Union je nach Institut zwischen 20 und 25 Prozent fest.

Diese Werte lassen in der Partei niemanden kalt. Die Zahlen werden dem Engagement unserer Mitglieder auch nicht gerecht. Wir müssen dicke Bretter bohren, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Union hat nach 2001 einige schmerzhaft Erfahrungen machen müssen. Es hat viele Debatten gegeben, die uns sicher nicht nach vorne gebracht haben. Wir haben lange mehr über Köpfe gestritten als über Inhalte. Deshalb freue ich mich darüber, dass die Partei seit einiger Zeit so geschlossen ist. Geschlossenheit ist eine wichtige Voraussetzung für Erfolg. Produktive Unruhe aber ist ausdrücklich erwünscht.

BR: Am 22. September startet das Volksbegehren der Initiative „Pro Reli“, das die Einführung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach zum Ziel hat. Wird sich die Union hier ähnlich stark engagieren wie beim Thema Tempelhof?

Aus der Tempelhof-Kampagne lässt sich viel Positives ziehen. Mit Einsatz und guten Argumenten ist uns eine enorme Mobilisierung in der Bevölkerung gelungen, die weit über unsere letzten Wahlergebnisse hinausreicht. Wir haben begonnen, diesen Schwung für eine Mitgliederwerbekampagne zu nutzen, die gut angelaufen ist. Wir werden gemeinsam mit der Initiative „Pro Reli“ für den Religionsunterricht kämpfen und uns dabei eng mit den Kirchen abstimmen. Die Debatte über Werte besetzen wir als Partei ohnehin; u.a. wird die Berliner CDU in den nächsten Wochen einen Wertekongress durchführen. Für mich zählen zur Wertedebatte übrigens auch die Themen Ordnung und Sauberkeit. Der Landesvorstand hat dazu im Sommer eine Postkartenaktion gestartet. Wir dürfen den respektlosen Umgang mit öffentlichen Räumen nicht tatenlos hinnehmen.

BR: In den vergangenen Monaten ist in der Öffentlichkeit viel über eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen diskutiert worden.

Es ist das Verdienst von Friedbert Pflüger, dass eine solche Konstellation nicht mehr völlig außerhalb des Vorstellbaren liegt. Es ist richtig, dass die CDU neue Machtoptionen erschließen muss. Selbst nach dem fulminanten CDU-Wahlergebnis von 1999 [40,8 %; d. Red.] hat es nicht zu

einer bürgerlichen Koalition gereicht, weil die FDP damals nicht den Sprung ins Abgeordnetenhaus geschafft hat. Für eine Koalition mit den Grünen auf Berliner Landesebene gibt es aber momentan keine Grundlage. Es geht um nichts anderes als eine konstruktive Zusammenarbeit in der Opposition, um diesen schwachen Senat zu treiben. Diese Zusammenarbeit klappt in einigen Bereichen sehr ordentlich, in anderen weniger, in manchen gar nicht.



Generalsekretär Henkel: „Für eine Koalition mit den Grünen auf Berliner Landesebene gibt es momentan keine Grundlage.“

BR: Es gibt Befürchtungen, dass die Union mit einer solchen Zusammenarbeit ihre Stammwählerschaft verprellt.

Ich nehme die Bedenken sehr ernst. Das Profil der CDU darf nicht verwässert werden. Unser vorrangiges Ziel muss es sein, als Union wieder stark zu werden, und dazu müssen wir deutlich erkennbar bleiben. Ich sehe allerdings momentan keinen Mangel an Unterschieden. Anders als die FDP wollen wir nicht die gesamte Stadt privatisieren. Wenn man sich die Situation in den Problemkiezen ansieht, dann sind wir auch gut beraten, den Grünen in der Innen- und Integrationspolitik keinen Millimeter entgegenzukommen. Gerade in diesen Bereichen haben sie einen enormen Anpassungsbedarf an die Realität. Wir werden unseren Energiebedarf auch nicht mit Biogas aus Gänseblümchen decken können. Angesichts steigender Preise wäre es in absehbarer Zukunft verantwortungslos, sichere deutsche Kernkraftwerke vorschnell vom Netz zu nehmen. Die Grünen werden sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie weiter in einer Traumwelt leben und an den linken Rand driften oder zu uns die politische Mitte kommen.

Das Kreuz ist zurück

Manche Dinge lernt man erst richtig schätzen, wenn man sie ein zeitlang entbehren muss.

Der Berliner Dom verlor im Dezember 2006 sein Kreuz. Rost und Verfall hatten ihm dermaßen zugesetzt, dass es nicht mehr zu retten war. Mit dem Kreuz verlor das Gebäude auch ein Stück Identität. Die Erkennbarkeit des Hauses als Kirche war nun von Ferne nicht mehr möglich. Bei all der Pracht, die der vom Architekten Julius Carl Raschdorf in der Zeit von 1894 bis 1905 errichtete Bau sonst auch entfalten mag, ohne sein Kuppelkreuz wirkte das sakrale Gebäude, das als protestantisches Gegenstück zum Petersdom in Rom konzipiert war, merkwürdig leblos.

Seit dem 19. August thront nun ein neues, stabileres 12,5 Tonnen schweres und 15 Meter hohes Kreuz auf der schwarz-grün patinierten Kuppel.

Im zweiten Weltkrieg zerstört und in der Zeit von 1975 bis 1994 komplett restauriert und wieder aufgebaut, hat das Gotteshaus in seiner Geschichte 49 Jahre als Ruine verbracht und konnte von der Fertigstellung 1905 bis zur seiner Zerstörung nicht einmal 40 Jahre seiner Zweckbestimmung dienen. Mittlerweile sind weitere 14 Jahre ins Land gegangen und nun stehen 54 „lebendige“ 49 „toten“ Dom-Jahren gegenüber.

Das Kreuz auf dem Berliner Dom ist daher wesentlich mehr als nur profaner Bauschmuck. Es ist ein Symbol für das Leben – nicht nur des Doms und seiner Gemeinde.

Nach Domangaben soll es auch ein „Versprechen für die Stadt“ sein. Für Christen sei es ein Zeichen dafür, „dass ihr Glaube an den gekreuzigten und wiederauferstandenen Christus in dieser Stadt sichtbare und lebendige Orte hat“.

In einer Zeit, da über Kopftücher und Kreuze, über Moscheebauten in der Stadt und Religionsunterricht trefflich gestritten wird, ist es wohlthuend, wenn Symbole wie das Domkreuz als sichtbare Zeichen ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft und der Stadt Berlin behaupten.



Warum wurde Onkel-Tom-Siedlung vergessen?

Die CDU Berlin freut sich über die hohe Auszeichnung der UNESCO, in Berlin die Gartenstadt Falkenberg, die Hufeisensiedlung Britz, die Wohnstadt Carl Legien, die Rindsiedlung Siemensstadt, die Weiße Stadt und die Siedlung Schillerpark als Standorte des Weltkulturerbes auszuloben.

Mit der Auszeichnung der im gesamten Stadtgebiet gelegenen Siedlungen wird deutlich, dass Berlin nicht nur dort interessant und anziehend ist, wo die Sehenswürdigkeiten tagtäglich viele tausend Besucher hinziehen. Berlin ist vor allem auch dort von besonderem Wert, wo die Menschen leben, in ihrem Kiez.

Michael Braun, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher, mahnt nun an, dass es nun darauf ankomme, mit dieser Auszeichnung verantwortungsvoll umzugehen. Braun: „Die zum Teil dringend notwendigen Sanierungen in den Siedlungen müssen vor dem Hintergrund des Denkmalschutzes geschehen. Der Senat kann sich seiner Verpflichtung nun nicht länger entziehen.“ Braun fragt aber kritisch nach, warum die in Berlin Zehlendorf gelege-



ne Onkel-Tom-Siedlung nicht in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde? Und er sagt: „Der rot-rote Senat scheint schlicht vergessen zu haben, sie anzumelden.“

Die CDU Berlin fordert, die Onkel-Tom-Siedlung kurzfristig für eine Nachnominierung anzuzeigen.“ Der Berliner Sozialdemokrat und Stadtbaurat Manfred Wagner setzte 1926 couragiert den Bau von 2000 Wohnungen für sozial schwächer gestellte Bürger in Berlin-Zehlendorf durch. Der Bau der Siedlung sollte Wohnungsnot lindern. Nach vehementem

Widerstand erhielt 1928 die GAGFAH schließlich die Baugenehmigung. Die Wohnhäuser wurden von Bruno Taut, Hugo Häring und weiteren renommierten Architekten und Landschaftsplanern konzipiert. Mit der Fertigstellung 1929 erhielt die Siedlung planmäßig einen U-Bahn-Anschluss. Als erste Großsiedlung in Berlin hatte sie damit Vorbildcharakter in der Kombination zwischen ÖPNV und Nahversorgung.



SENAT IGNORIERT KITA-VOTUM

Die Initiatoren des Volksbegehrens zur besseren Kita-Betreuung haben in der ersten Stufe 66.181 Stimmen gesammelt – erforderlich waren nur 20.000. Trotz des überwältigenden Erfolgs hat der Senat das Volksbegehren für unzulässig erklärt.

„Mit der vollständigen Ablehnung zeigt der Senat sein wahres Gesicht in der Bildungspolitik“, sagt Emine Demirbükten-Wegner, jugend- und familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

Als Begründung für die Ablehnung gibt die rot-rote Koalition an, dass die Forderungen der Initiative den Landeshaushalt mit rund 100 Millionen Euro jährlich belasten würden. Das würde die Budgethoheit des Abgeordnetenhauses verletzen. Inhaltlich stimme der Senat laut Bildungssenator Jürgen Zöllner aber grundsätzlich mit den Forderungen überein.

„Das ist Augenwischerei“, so die Bildungsexpertin. „Wenn das so wäre, hätte der Senat in den letzten Jahren keine derart drastischen Kürzungen im Kita-Bereich vorgenommen und den Erziehern nicht immer mehr Pflichten

aufgebürdet. Bei einer Umsetzung des Volksbegehrens wäre endlich sichergestellt, dass die Einsparungen über neue Personal- und Leitungsschlüssel, sowie neue Aufgaben, z.B. das Bildungsprogramm der Kitas, auch wirklich finanziert werden könnten.“

Die Initiatoren des Volksbegehrens fordern unter anderem 2.400 zusätzliche Pädagogen in Kitas und fünf Stunden in der Woche zur Vor- und Nachbereitung des pädagogischen Angebots.

66.181 Stimmen kamen bei der Unterschriftensammlung zusammen. „Der Senat darf das Bürgervotum nicht einfach ignorieren“, so Demirbükten-Wegner, „sondern muss im Sinne der Erzieher, der Eltern und vor allem der Kinder umgehend Gespräche mit den Initiatoren führen und zumindest einen Teil der Forderungen umsetzen.“



„Hallo Gesina, was gibt´s denn heute?“

Es ist 15:15 Uhr an einem Donnerstagnachmittag. Marcus (10), Vincent (10), Shari (12) wuseln durch die Räume des KIDS KIEZ TREFF in der Sophie-Charlotten-Str. 23 a. Sie werden verfolgt von Robin (6), Geraldine (7) und Patricia (8). Die sechs Kinder machen einen aufgeweckten Eindruck und sie sind satt.

In der Küche steht Gesina Gisa mit den Resten von Spaghetti mit Tomatensoße und räumt die Töpfe zusammen. „Löwenfütterung“ eben. Gesina Gisa ist Bezirksverordnete für die CDU in Charlottenburg Wilmersdorf und Sozialbeauftragte des Bezirks. Im Wahljahr 2006 beschlossen sie und ihre Kollegen den Bezirk zum kinderfreundlichsten Berlins zu machen. Und da politische Versprechen aus ihrer Sicht auch erfüllt gehören, suchte sie Verbündete und begann mit der Arbeit. Vor zwei Jahren wurde der Kids Kiez Treff e.V. gegründet und nach erfolgreicher Suche nach geeigneten Räumlichkeiten am 1. Februar 2007 eröffnet. Seit dem ist Gesina Gisa montags bis freitags von 13:30 Uhr bis 17:30 Uhr für „ihre“ Kinder da. Unterstützt wird die 56-jährige von ihrem Mann und ehrenamtlichen Helfern.

Plötzlich ertönt übermütiges Geschrei aus dem Spiel- und Lesezimmer. Resolut tritt Gesina Gisa von der Küche in den Raum. Ein kurzer leiser Ordnungsruf und die Erklärung, warum er erfolgt. Das ist wohl ihr Erfolgsrezept. Keine Autorität um der Autorität willen sondern Verständnis und Toleranz für die Anliegen Anderer.

Die Kinder verstehen und akzeptieren – sie mäßigen schließlich ihren Übermut. Gesina Gisa nimmt die Schürze ab und setzt sich kurz. Kinder sind bei ihr Partner auf Augenhöhe. Und Kinder sind für Gesina Gisa Zukunft. Der schönste Lohn für ihre Arbeit ist ein dankbares Lächeln der Kinder oder ein ungestümes „Hallo Gesina, was gibt´s denn heute?“ Dabei ist die Verköstigung von sozial benachteiligten Kindern nicht mal mehr die Hauptaufgabe. Ziel ist auch ein Wissens- und Werte- und Kultur-Transfer. Das heißt auch manchmal Konflikte mit den Eltern ausfechten. Etwa über die Rolle einer Frau wie Gesina Gisa gegenüber einem Jungen mit islamischem Religionshintergrund. Dass eine Frau hier in Deutschland sogar Regierungschefin sein kann, hilft bei der Argumentation dabei. Doch auch Hilfe in anderer Form für die Kinder und ihre Familien gilt es zu organisieren. So etwa bei Bekleidung, Reisen oder Ämtergängen.

Trotz all der Arbeit und müder Augen erkennt man manchmal ein zufriedenes Lächeln in Gesina Gisas Gesicht. Die Motivation für ihr Engagement bezieht sie aus der Tatsache, dass es ihr und ihrem Mann eigentlich sehr gut ginge und sie deshalb doch auch dafür sorgen könne, dass es anderen – besonders Kindern – ebenfalls besser gehen soll.

Manchmal jedoch stößt auch sie an Grenzen.



Mehr als 18 Kinder am Tag bekommt sie nicht unter im Kids Kiez Treff. Einige müssen dann schweren Herzens abgewiesen werden. Meist mit dem Nachsatz: „Komm doch später noch mal wieder, dann ist vielleicht noch was zu essen da für Dich!“

Hausaufgaben können gemacht werden, Spiele gespielt, Sport getrieben werden. Eine gemeinsame Tour mit den Kindern an die Ostsee ist geplant. Doch das Wichtigste fehlt oft bei allem Engagement: Geld und Spenden jeglicher Art! Allein 1.000 EUR Fixkosten sind jeden Monat aufzubringen. Das sind die Verursacher der Sorgenfalten auf Gesina Gisas Stirn. Doch sie klagt nicht, sondern blickt auch optimistisch und erwartungsfroh auf ihre Parteifreunde und betont, dass sie auch Spendenbescheinigungen ausstellen darf.

Auch freut sie sich über jeden Besucher, der ihren „Treff“ einmal selbst in Augenschein nehmen möchte. Ihr Wunschgast wäre Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen - selbst Mutter von sieben Kindern.

Geraldine kommt, um Gesina zum Spielen zu holen. Das Interview ist beendet. Schon ist sie umringt von den Kindern im Kids Kiez Treff und ganz selbstverständlich Mittelpunkt ihrer kleinen Fangemeinde.



Kids Kiez Treff e.V.

Bankverbindung

Konto 943 186 700 • BLZ 100 700 24

Besonders günstige
Beiträge für
CDU-Mitglieder



HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:

Warum sparen Sie Geld
bei HDI?

- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstiger als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der
Dt. Telekom, abweichende Preise aus
Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

Tempelhof muss schließen - Tegel muss erweitern

Am 30. Oktober gegen 21:50 Uhr werden die Turbinen einer Fairchild Dornier 328 der Cirrus Airlines noch einmal aufheulen, bevor die Maschine planmäßig Richtung Mannheim am Abendhimmel verschwindet und mit ihr die 85-jährige Luftfahrtgeschichte des Flughafens Berlin Tempelhof. Am 31. Oktober erfolgt die Schließung „die Mutter aller Flughäfen“ auf Beschluss des Senates gegen das Votum von mehr als 500.000 Berlinerinnen und Berlinern.

Dann kehrt Ruhe ein auf dem 386 Hektar großen Areal. Zwei Drittel der Fläche sollen aus stadtklimatischen Gründen Freifläche bleiben. Anfang September werde der städtebauliche Wettbewerb für den Bau von 1500 Wohnungen an der Nordseite des Geländes (sogenanntes „Columbia-Quartier“) europaweit angekündigt, heißt es aus der Senatsbauverwaltung. Das Tempelhofer Feld soll nach der Schließung für die Bevölkerung erschlossen werden. Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD): „Zuerst wird die Freifläche geöffnet“. Also skaten und flanieren auf der Landebahn! Außerdem soll ein „Wiesenmeer“ entstehen.

Aber es existieren weder ausgereifte Planungen zur Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudekomplexes (es handelt sich immerhin um das flächenmäßig drittgrößte Gebäude der Welt nach Pentagon und Ceausescus Präsidentenpalast in Bukarest) noch besteht eine Einigung mit dem Miteigentümer Bund über die Modalitäten zur Übernahme der Bundesflächen durch Berlin.

Dafür gibt es bei der Stadtentwicklungssenatorin Visionen, die Internationale Gartenbauausstellung IGA und eine internationale Bauausstellung im Jahre 2017 nach Berlin zu holen. Es darf zu Recht bezweifelt werden, ob Frau Junge-Reyer bis dahin noch Verantwortung tragen darf.

Denn die Realität sieht gegenwärtig anders aus. Eine Öffnung des Flughafengeländes



ist vorerst gar nicht möglich. Die Bundes-



anstalt für Immobilienaufgaben (Bima) hat ein Architekturbüro mit der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes beauftragt. Laut Bima-Chef Dirk Kühnau wird darin die Erhaltung der vorhandenen Zaunanlagen, die Erweiterung der Videoüberwachung und zusätzliches Wachpersonal empfohlen.

Erst ab Frühjahr 2009 will nun der Senat - etwas kleinlaut - beginnen, geeignete Bereiche des Tempelhofer Feldes schrittweise für Zwischennutzungen, etwa Sport- und Freizeitaktivitäten zu öffnen. Die übereilte Schließung und die Verkehrssicherungspflicht werden dem Steuerzahler aufgebremst - ohne Gegenleistung in Form der versprochenen Öffnung der Fläche für alle.

Während Stille und Verfall das Bild Tempelhofs in der nächsten Zeit prägen werden, platzt der Flughafen Tegel aus allen Nähten. Die bislang dementierten Ausbaupläne für den Flughafen kommen nun in Form der Planung für das Terminal C plötzlich auf den Tisch. Acht Millionen Euro werden nun definitiv in neue Abfertigungskapazitäten investiert. Um 6000 Quadratmeter soll das Terminal erweitert werden, um den Kollaps von Tegel zu verhindern.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Rainer Ueckert spricht von einem Skandal: „Tröpfchenweise kommt jetzt heraus, was wir immer gesagt haben. Der Bedarf war angesichts der steigenden Passagierzahlen abzusehen, wurde aber vom Senat und der Flughafengesellschaft immer heruntergespielt.“ Niels Stüben, Vizepräsident der Pilotenvereinigung Cockpit nennt die Situation in Tegel noch aus anderen Gründen „schwierig“. Er hat Sicherheitsbedenken.

Tegel operiere an der Kapazitätsgrenze. Ausgelegt war Airport bei seiner Fertigstellung 1974 für sieben ...

Fortsetzung Seite 9

FÜR EINEN AUFBRUCH DER BÜRGER IN BERLIN!

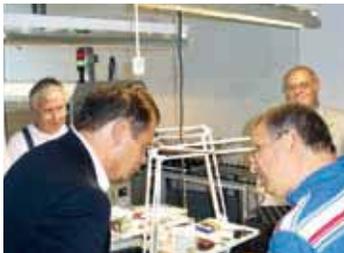
Im August ist der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedbert Pflüger in Berlin unterwegs gewesen. Auf seiner Tour besuchte er u.a. das Großprojekt Mediaspree und die O2-World-Arena in Friedrichshain-Kreuzberg, die Behindertenwerkstätte Mosaik in Mitte und das Pflegeheim „Plänterwald“ des Unionshilfswerkes in Treptow-Köpenick, das BMW-Motorradwerk in Spandau und das Gasometer in Tempelhof-Schöneberg.

Pflüger nach Abschluss seiner Sommertour: „Unser Ziel ist die Ablösung von Rot-Rot durch die Übernahme der Regierungsverantwortung durch einen CDU-geführten Senat. Nur wenige Prozentpunkte trennen uns von der SPD. Um dieses Ziel zu erreichen, können wir nicht beliebig sein. Wir müssen eindeutig die bürgerliche Mitte in Berlin vertreten.“ Hierzu zählt Pflüger auf: „Wir stehen an der Seite derjenigen, die hart arbeiten und ehrlich Steuern zahlen, gleich ob Arbeitnehmer oder Unternehmer, Facharbeiter oder Angestellter, Handwerker oder Krankenschwester. Wir setzen auf die Mittelschichten und das neue urbane Bürgertum mit weit über einer Million Neuberlinern.“ Pflüger betont, dass die Union an der Seite derjenigen stehe, die arbeitslos geworden sind und wieder Arbeit suchen. Und weiter: „Wir stehen an



der Seite derjenigen, die als Schüler, Auszubildende oder Studenten mit Fleiß und Talent ihre berufliche Karriere vorbereiten. Und wir stehen an der Seite derjenigen, die nichts oder nur eingeschränkt leisten können, weil sie krank oder behindert sind.“ Auch das, wovon sich die Union abgrenze, sei klar, so der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Wir sind Gegner der Kriminellen und Faulen – all derjenigen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern!“

Geschichtsbewusst stellt Pflüger fest: „Wir halten in der Tradition Helmut Kohls, Richard von Weizsäckers und Eberhard Diepgens an dem Anspruch fest, die Partei der Einheit Deutschlands zu sein. Wir arbeiten an diesem einen und einzigartigen Berlin. Es bleibt eine Schande, dass die umbenannte SED - mit einem saarländischen Demagogen an der Spitze – heute in Berlin regiert. Die Linke mag einzelne Mitglieder haben, die SED-Unrecht aufarbeiten wollen – aber als Partei hat sie bis heute keinen Schlussstrich zur SED-Diktatur gezogen, sondern verarmt die kommunistischen Verbrechen.“



Für Friedbert Pflüger ist klar: „Wir müssen stärker betonen: die überwältigende Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR und in Ost-Berlin hat in Zeiten der Diktatur die Würde gewahrt und kann stolz auf die eigene Lebensleistung sein. Deutschland verdankt den Ostdeutschen unendlich viel: Die friedliche Revolution und die Einheit und Freiheit unseres Landes.“



der Seite derjenigen, die als Schüler, Auszubildende oder Studenten mit Fleiß und Talent ihre berufliche Karriere vorbereiten. Und wir stehen an der Seite derjenigen, die nichts oder nur eingeschränkt leisten können, weil sie krank oder behindert sind.“ Auch das, wovon sich die Union abgrenze, sei klar, so der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Wir sind Gegner der Kriminellen und Faulen – all derjenigen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern!“



der Seite derjenigen, die als Schüler, Auszubildende oder Studenten mit Fleiß und Talent ihre berufliche Karriere vorbereiten. Und wir stehen an der Seite derjenigen, die nichts oder nur eingeschränkt leisten können, weil sie krank oder behindert sind.“ Auch das, wovon sich die Union abgrenze, sei klar, so der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Wir sind Gegner der Kriminellen und Faulen – all derjenigen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern!“

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR und in Ost-Berlin hat in Zeiten der Diktatur die Würde gewahrt und kann stolz auf die eigene Lebensleistung sein. Deutschland verdankt den Ostdeutschen unendlich viel: Die friedliche Revolution und die Einheit und Freiheit unseres Landes.“



Die friedliche Revolution und die Einheit und Freiheit unseres Landes.“

Fotos von oben links nach unten rechts

- Pflüger bei Mediaspree
- Pflüger mit den CDU-Freunden aus Friedrichshain-Kreuzberg vor der o2-world-Arena
- Pflüger im Gespräch mit Bürgern im Görlitzer Park
- Pflüger in der Firma Megaphon, Datenträgerervielfältigung in Kreuzberg
- Pflüger in den Mosaik-Werkstätten für Behinderte im Wedding
- Pflüger in der Firma Robert Karst, Kreuzberg Betrieb für Hochfrequenztechnik
- Pflüger im BMW-Motorrad-Werk in Spandau mit dabei: Chef der BMW-Niederlassung Hans-Reiner Schröder und der Werksleiter Hermann Bohrer
- Pflüger bei der Pflegeeinrichtung des UHW „Am Plänterwald“, in Treptow-Köpenick mit dabei: u.a. Dieter Krebs, Landesvorsitzender des UHW

Fortsetzung von Seite 8

... Millionen Passagiere. 2007 wurden bereits über 17 Millionen Fluggäste gezählt. So forderte der Berliner Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka (CDU) Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auf, „zur Entschärfung der bedenklichen Sicherheitslage in Tegel ein Offenhalten des Tempelhofer Flughafens über den Herbst dieses Jahres hinaus ernsthaft in Betracht zu ziehen“. Während aber bald in Tempelhof nur noch der Wind über die Piste pfeift und der

Leerstand Steuergelder verschlingt, werden mit Millionenaufwand in Tegel neue Kapazitäten geschaffen, bis 2011 dann Berlin-Brandenburg-International endlich ans Netz geht. Verantwortungsvolle Politiker würden einen funktionierenden Flughafenstandort mit all seinen Potenzen, wie Tempelhof sie besitzt, ob City-Nähe, U- und S-Bahn-Anschluss, Abfertigungskapazitäten, nicht einfach dichtmachen. Selbst die immer wieder als Schließungsbegrün-

dung von rot-rot angeführten Rechtsgrundlagen für den Bau von BBI würden überhaupt nicht berührt werden. Tempelhof könnte problemlos mindestens bis 2011 weiter als Flughafen betrieben werden.

Das Verklingen der Triebwerksgeräusche der Fairchild Dornier 328 am 30. Oktober 2008 gegen 22:00 Uhr müsste also nicht zwingend das Letzte sein, was man in Tempelhof von einem Flugzeug hört.

40 Jahre Prager Frühling

Wendepunkt des Kommunismus

Das Jahr 1968 war ein europäisches Schicksalsjahr. Studentenproteste im Westen und in der DDR knüpften viele junge Menschen ihre Hoffnungen auf mehr Freiheit an den „Prager Frühling“. Hierzu Aussagen des Historikers Manfred Wilke:

BR: Sie haben Walter Ulbricht, den ersten Sekretär der SED-Staatspartei, im Zusammenhang mit der gewaltsamen Niederschlagung des so genannten Prager Frühlings als „Hüter der reinen Lehre“ bezeichnet und ihm maßgebliche Initiative beim Einmarsch unterstellt.

Wilke: Walter Ulbricht hatte nicht die alleinige Initiative, sondern er handelte im Einklang mit der sowjetischen Führung. Der DDR-Botschafter in Prag, Peter Florin, war aber einer der ersten, der bereits am 10. März 1968 das Wort „Konterrevolution“ benutzte, um die tschechoslowakische Reformpolitik zu denunzieren.

Dieses Schlüsselwort bestimmte auch die erste Stellungnahme des SED-Zentralkomitees und wurde vom sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew

und von Ulbricht benutzt, als sie am 23. März 1968 in Dresden den tschechischen Chef der Kommunistischen Partei Alexander Dubcek ultimativ aufforderten, die Konterrevolution niederzuschlagen, die Zensur in der Presse wieder einzuführen und das Machtmonopol der kommunistischen Partei zu restaurieren. An diesem Ziel haben SED und KPdSU festgehalten. Und als klar war, dass Dubcek sich dieser Forderung nicht beugte, entschied am 17. August 1968 das sowjetische Politbüro, den Militärs den Marschbefehl zu geben.

BR: Wie konnten Dubcek & Genossen glauben, dass sie Erfolg haben würden, vor allem nach den Erfahrungen in der DDR 1953 und Ungarn 1956?

Wilke: Dubcek und seine Mitstreiter vertrauten

darauf, dass die sowjetische Führung sie als Kommunisten respektieren und ihren Willen anerkennen würde, loyale Bündnispartner der Sowjetunion zu bleiben. Ihr „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war keine Theorie, sondern ein Versprechen und eine Hoffnung. Die Reformkommunisten wollten Angst beseitigen und Vertrauen zurückgewinnen. Die Reformen sollten die stalinistisch geprägten Strukturen der CSSR überwinden.

BR: Welche Möglichkeiten hätte der Westen gehabt, um einzugreifen?

Wilke: Die wichtigste und bedeutsamste Unterstützung des Westens für den „Prager Frühling“ war die öffentliche Meinung. Die westlichen Medien berichteten ausführlich und mit Sympathie über die Vorgänge in Prag. Diese Anteilnahme interpretierte Ulbricht als „psychologischen Krieg“; sie war ein Faktor, mit dem der Kreml und die SED den Einmarsch begründeten. Andere Optionen der Hilfe hatten die westlichen Staaten nicht. Zur Erinnerung: Zwischen den USA und der UdSSR existierte ein atomares Patt

– dies schloss militärische Optionen aus. Noch bevor die Truppen die Staatsgrenze der CSSR überschritten, informierte der sowjetische Botschafter in Washington den amerikanischen Präsidenten, dass sich diese Aktion nicht gegen den Westen richtete.

BR: Was bleibt?

Wilke: Zunächst einmal bleibt die Erinnerung an den heroischen Versuch, eine Diktatur friedlich zu überwinden, um sich einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ aufzubauen. Ersetzt man den Begriff Sozialismus durch Gesellschaft, so bleibt dieses Ziel auch heute noch aktuell. Durch seine Niederschlagung wurde der „Prager Frühling“ zum Wendepunkt in der Geschichte des sowjetischen Kommunismus und seines Imperiums. Den Reformkommunisten folgte in den sozialistischen Staaten die Menschenrechtsbewegung; 1989 ging es nicht mehr um Sozialismus, sondern um den Sturz der kommunistischen Diktaturen. Auch diese friedlichen Revolutionen hatten in Prag ihre Wurzeln.



„Sozialismus Ja - Besetzung Nein“
- Poster aus der Zeit Prager Frühlings

Prof. Dr. Manfred Wilke

Der Soziologe und Historiker Manfred Wilke leitete den Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit war er Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sowie der Nachfolge-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“.



Der **Prager Frühling** (tschechisch: Pražské jaro, slowakisch: Pražská jar) ist die Bezeichnung für die Bemühungen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei unter Alexander Dubček im Frühjahr 1968, ein Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramm durchzusetzen, sowie vor allem die Beeinflussung und Verstärkung dieser Reformbemühungen durch eine sich rasch entwickelnde kritische Öffentlichkeit.

Mit dem Begriff des Prager Frühlings verbinden sich zwei gegensätzliche Vorgänge: einerseits der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, andererseits aber auch die gewaltsame Niederschlagung dieses Versuchs durch am 21. August 1968 einmarschierende Truppen des Warschauer Paktes. (Quelle: wikipedia)

CDU mahnt zum 13. August

Schmitt: Gegen „Organisiertes Vergessen“

Der Artikel der Berliner Zeitung trägt die Überschrift: „Gedenken mit CDU-Protest.“ Zu Recht. Die Berliner Christdemokraten haben am diesjährigen 13. August abermals das Gedenken und Mahnen mit einem sichtbaren Protest verbunden.



Zum traditionellen Gedenken des Berliner Senats und der Bundesregierung an der Bernauer Straße gesellten sich Berliner Christdemokraten und zeigten ein übergroßes Transparent, auf dem die andauernde Geschichtsfälschung führender Linke-Politiker gebrand-

markt wurde (siehe Foto). Ungedröhrt davon blieb augenscheinlich der einem rot-roten Senat vorstehende Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD). Geschichtslosigkeit wurde ihm am Denkmal lautstark attestiert. Anders der ebenfalls anwesende

Landeschef seines linken Koalitionspartners, Dr. Klaus Lederer. Er sagte auf Nachfrage der Berliner Zeitung: „Das Transparent ist geschmacklos. Wir können damit leben, dass man uns unsere Geschichte vorhält.“

Nachdem nun im letzten Jahr ein ausdrücklicher Schießbefehl aufgetaucht ist, wie es die CDU Berlin auch auf ihrem Flugblatt belegt (siehe Foto), fällt es indes vielen Berlinerinnen und Berlinern schwer, damit zu leben. Geschichtslos und geschmacklos sind wohl noch die mildesten Werturteile zu den Äußerungen des Linke-Chefs.

Mit weiteren Terminen gedachte die Berliner CDU auch 57 Jahre nach dem Bau der Mauer quer

durch Berlin der Opfer. Im Beisein von Generalsekretär Frank Henkel wurde das neue, durch Initiative des CDU-Ortsverbandes Am Schäfersee/Schönholz wieder errichtete Gedenkkreuz an den sieben Brücken zwischen Reinickendorf und Pankow durch den Franziskanerbruder Georg geweiht. Auch der Pankower Kreisvorsitzende Peter Kurth gedachte des am 29.04.1962 im Alter von 19 Jahren in der Nähe dieser Stelle ermordeten Horst Frank und aller anderen Maueropfer.

Um 18 Uhr startete dann der deutsche TV-Spielfilm aus dem Jahr 2006 „Die Mauer – Berlin '61“ im CineStar Kino im Sony Center. Auf Einladung des CDU-Landesverbandes sahen die 200 Zuschauer im voll besetzten Kino die von Heino Ferch, Iris Berben und Inka Friedrich brillant gespielte Tragödie, die das fiktive Schicksal einer Familie in den Tagen der vollständigen deutschen Teilung thematisiert. Anschließend diskutierten Regisseur Hartmut Schoen, Produzentin Ariane Krampe, Michael Andre vom WDR und der Historiker und stv. CDU-Landesvorsitzende Prof. Dr. Manfred Wilke über den Film und den Umgang mit der deutschen Geschichte.

Bei Einbruch der Dunkelheit schließlich trafen sich die CDU-Mitglieder des Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf, allen voran der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Uwe Lehmann-Brauns und der CDU-Kreisvorsitzende Michael Braun zur traditionellen Lichterkette auf der Glienicker Brücke. Nach einem Grußwort von Prof. Klaus Schröder, dem Verfasser einer Studie über die DDR-Kenntnisse bei Jugendlichen

reichten sich u.a. Alexandra Hildebrandt vom Museum Checkpoint Charlie und die Eheleute Nachama in die Lichterkette zum Gedenken an die Maueropfer ein.



Im Gegensatz zur Berliner CDU legte das öffentlich-rechtliche Fernsehen keinen besonderen Wert auf das Gedenken an den Mauerbau. CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt sprach in diesem Zusammenhang vom „Organisiertem Vergessen“. Schmitt: „Besonders enttäuschend ist das Wegducken des RBB, hat doch unlängst eine Studie der FU Berlin aufgedeckt, dass viele Schülerinnen und Schüler heute nur rudimentäres Wissen über die Zeit der Teilung Berlins haben. Ob schlafmützig oder böswillig – beides ist erschreckend!“

„Das Transparent ist geschmacklos. Wir können damit leben, dass man uns unsere Geschichte vorhält.“
Dr. Klaus Lederer (34) Landesvorsitzender DIE LINKE

Mauer und Mord bleiben unvergessen

Schämt Euch, LINKE!

2. Verhinderung von Grenzdurchbrüchen

Es ist Ihre Pflicht, Ihre Einzelkämpfer- und tschekistischen Fähigkeiten so zu nutzen, dass Sie die List des Grenzverletzers durchbrechen, ihn stellen bzw. liquidieren, um somit die von ihm geplante Grenzverletzung zu vereiteln. Handeln Sie dabei unsichtig und konsequent, da die Praxis die Gefährlichkeit und Hinterhältigkeit der Verräter mehrfach beweist. Zögern Sie nicht mit der Anwendung der Schußwaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben... (Befehl, 1.10.1973)

„Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“ (Lothar Bisky, Bundesvorsitzender DIE LINKE, 2007)

„Die Verantwortung für die Toten tragen die Verantwortlichen auf beiden Seiten. [...] Ich gebe [...] der BRD eine Mitschuld an der innerdeutschen Grenze.“ (Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der LINKEN / PDS, 2006)

„Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemand wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten.“ (Peter Forsch, stellvertretender Bundesvorsitzender der PDS, 2001)

„[Der Mauerbau war eine Maßnahme] zur Grenzbefestigung [...], die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende [setzte]“ (Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete und Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN, 1994)



DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Alt-Reinickendorf 38, 13407 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de

Einladung zum Sommerfest

Alle Mitglieder und Freunde der Berliner Union sind auch dieses Jahr wieder herzlich zum Sommerfest der CDU und der Frauen-Union Berlin eingeladen.

Sonntag, 7. September 2008, von 12:00 Uhr – 15:30 Uhr

**im Hans-Rosenthal-Haus,
Bolchenerstr. 5, 14167 Berlin
(Nähe S-Bhf. Sundgauer Straße)**



AUS DEM BUNDESTAG



Wähler wollen keinen Linksruck

Aktuelle Umfragen sehen die SPD bundesweit im 20-Prozent-Loch, eine bürgerliche Mehrheit von Union und FDP ist dagegen möglich. Für den Vorsitzenden der Berliner Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Ingo Schmitt**, ist dies ein klares Signal dafür, dass immer mehr Menschen „die Nase voll haben“ von einer stetig weiter nach links abdriftenden Politik: „Die Programmatik von **Lafontaine, Nahles** und Co. wird auch in Zukunft bei der Mehrheit der Wähler keinen Bestand haben. Der Links-Populismus und die Umverteilungsrhetorik können nie zu mehr Wohlstand oder gar Gerechtigkeit führen. Bestes Beispiel hierfür ist das Scheitern der DDR, die am Ende nicht nur politisch, sondern auch finanziell vor dem Ruin stand. Nicht umsonst peitscht **Frau Ypsilanti** ihren Linkskurs in Hessen durch. Sie weiß zwar, dass sie damit ihr Wort bricht, doch die Gier nach Macht und die Angst vor Neuwahlen sind größer. Die CDU ist und bleibt somit die einzige Volkspartei der Mitte.“



Abgeordneter hilft mit „Berlin hilft e.V.“

Der Rot-Rote Senat gefällt sich in der Rolle des Bittstellers. Berlin hat Schulen und andere sollen zahlen. Möglichst der Bund oder die anderen Länder. **Wowereit** interessiert nicht, was Berlin für die Bundesrepublik leisten kann. Dabei hat Berlin Stärken und kann etwas für andere tun. So hat der Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete **Karl-Georg Wellmann** den gemeinnützigen Verein „Berlin hilft e. V.“ gegründet. Gemeinsam mit den Berliner Helios-Kliniken in Zehlendorf und Buch wird schwerkranken Kindern aus der Ukraine geholfen, ja zum Teil Leben gerettet. Jüngster Fall ist die vierjährige Anastasia aus Kiew. Anastasia hat akute Leukämie. Ihre Eltern waren völlig verzweifelt, weil sie das lang ersehnte einzige Wunschkind zu verlieren drohten. Anastasia konnte nach Berlin-Buch geholt werden (siehe Foto). Von dort kam jetzt die erlösende Nachricht. Prof. Schweigerer, Chef der Kinderklinik: „Wir haben keine Krebszellen mehr bei Anastasia gefunden“. Die Hilfeaktion hat sich auch in der Ukraine herumgesprochen. Die Gattin des Staatspräsidenten Juschtschenko will die Aktion unterstützen.

Freiheits- und Einheitsdenkmal wird konkret

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal kommt auf die Schlossfreiheit. Darauf haben sich die Bundesregierung und der Senat geeinigt. 2009, zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, ist die Grundsteinlegung geplant. Zusätzlich zum Denkmal ist ein „Ort der Information“ vorgesehen.

Die Kulturpolitikerin **Monika Grütters** (MdB) besuchte das Gewölbe unter dem ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal (siehe Foto). Auf dessen noch erkennbaren Sockel soll das neue Denkmal entstehen. Grütters ist von der Idee und dem Ort überzeugt: „Der Beschluss des Bundestages zur Errichtung des Einheitsdenkmals war ein wichtiger Schritt. Die Ereignisse der Jahre 1989/1990 haben einen dauernden Platz im nationalen Gedächtnis verdient, und Berlin ist der richtige Platz für einen künstlerischen Rückblick auf die Geschichte. Das Denkmal soll an die friedliche Revolution, an Zivilcourage und den Aufbau demokratischer Strukturen in Ostdeutschland erinnern. Es soll aber auch ein Anstoß sein, das demokratische Bewusstsein wach zu halten und Demokratie und Einheit zu festigen.“



SPD-Minister blockiert Tunnellösung für Dresdner Bahn

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete **Peter Rzepka** unterstützt weiterhin die Lichtenrader in ihrem Kampf für eine anwohnerfreundliche Tunnellösung bei der geplanten Trasse der Dresdner Bahn. Deshalb lässt er aktuell den Wissenschaftlichen Parlamentsdienst prüfen, welche Kompetenzen Bundesverkehrsminister **Tiefensee** (SPD) im Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Dresdner Bahn, die wichtig für die Anbindung an Osteuropa und BBI ist, hat. Hintergrund ist die Weigerung des Ministers, auf ein Gesprächsangebot der Bürgerinitiative Dresdner Bahn – Lichtenrade e.V. einzugehen sowie ein Schriftwechsel zwischen Abgeordnetem und Ministerium, demzufolge Tiefensee während des laufenden Verfahrens keinerlei Kompetenzen hinsichtlich der Bauweise habe. Dies möchte Rzepka mit Blick auf die von einer bislang ebenerdig geplanten Bauweise betroffenen

Anwohner überprüft wissen. Schließlich sei niemandem gedient, wenn es Alternativen zur Zerschneidung des Ortsteils Lichtenrade zwar gibt, sie aber von keiner Seite ins Planfeststellungsverfahren eingebracht werden.



Jugendaufbauwerk wieder in Betrieb

Kai Wegner steht vor dem Jugendaufbauwerk (s. Foto) und zeigt sich zufrieden. Denn Dank seiner Vermittlung kann der Bildungsträger bbw hier weiterarbeiten. Noch im Jahr 2006 hatte Rot-Rot in Berlin das Aus beschlossen. Das hätte mehr als 200 Jugendlichen die Chance auf eine Ausbildung genommen. Als der Spandauer CDU-Bundestagsabgeordnete Wegner anlässlich eines Besuchs des Jugendaufbauwerks vor 2 Jahren damit konfrontiert wurde, versprach er spontan, sich für den Weiterbetrieb der Bildungseinrichtung in Spandau zu engagieren. Er hielt Wort. Gemeinsam mit dem Spandauer Wirtschaftshof und weiteren Kooperationspartnern aus Spandau konnte er den Bildungsträger „bbw Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsgesellschaft mbH“ für ein Engagement begeistern. Jetzt werden wieder Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt. Wegner: „Wer in Bildung investiert, der investiert in die Zukunft unserer Gesellschaft und schafft die Voraussetzungen dafür, dass jeder Jugendliche seine Chancen unabhängig seiner sozialen Lebenssituation nutzen kann und Migranten in unserer Gesellschaft besser integriert werden.“



Die Landesgruppe der fünf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten:

Angeführt von Ingo Schmitt, aus Charlottenburg-Wilmersdorf, CDU-Landeschef und ausgewiesener Verkehrsexperte, Prof. Monika Grütters aus dem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien, Karl-Georg Wellmann, der sein Direktmandat im Wahlkreis Steglitz – Zehlendorf gewann, Fachmann für Außenpolitik, Bauen und Umweltschutz. Peter Rzepka, Tempelhof-Schöneberg, zeichnet sich durch den unermüdlichen Einsatz für seinen Bezirk aus. Und der jüngste MdB, Kai Wegner, Wirtschaftsfachmann und begeisterter Spandauer.

UNION VOR ORT

Diskussion zur Pflege

Der Veranstaltungszyklus „Pflege“ der Frauen Union Berlin Mitte wurde erfolgreich fortgesetzt. Für die örtliche Frauen Union stellte **Diane Dierking** fest: „Gute Pflege braucht einen guten Ruf.“



Zukünftig müssen nicht nur Kinder und Arbeitswelt vereinbar sein sondern gleichrangig Pflege und Arbeitswelt.“ In der Pflegeeinrichtung KATHARINENHOF am Preussenpark wurde hochrangig unter Leitung von **Dr. Camilla Bühring** diskutiert. Neben **Willy Zylajew**, MdB, war auch **Ingo Bach**, Journalist, und vom Katharinenhof die Leiterin, **Frau Werner**, und die Pflegedienstleiterin **Frau Boss**, dabei.

Gedenken an Walther Schreiber

Im Rahmen einer Kranzniederlegung anlässlich des 50. Todestages gedachten der Landesvorsitzende **Ingo Schmitt** und Generalsekretär **Frank Henkel** des ehemali-



gen Regierenden Bürgermeisters Walther Schreiber. Unser Parteifreund war für etwas mehr als ein Jahr, von 1953 bis 1954, Regierende Bürgermeister Berlins. Das erste CDU-Mitglied in diesem Amt folgte auf Ernst Reuter und verstarb am 30. Juni 1958.

2. Seminar für mehr Mitglieder



Zum zweiten Schulungsseminar „Mitgliederwerbung“ traf man sich im Ernst-Lemmer-Institut. unterhaltsame und erkenntnisreiche Stunden lieferte der Referent, **Max Fröhlich**. Erfreulich für die Berliner Union: Der allgemeine Trend bei Verbänden, Kirchen und Parteien ist für die CDU im ersten Halbjahr gestoppt. Die Mitgliederzahlen steigen wieder.

Thema: Ausbildung

Zum Gespräch mit dem Geschäftsführer der Akademie für betriebswirtschaftliche Weiter-



bildung (bbw) in Karlshorst, **Dr. Andreas Forner**, kam **Gregor Hoffmann** MdB gemeinsam mit **Joachim Luchterhand** MdB (im Foto links hinten bzw. vorn). Die private kaufmännische Berufsfachschule bietet an fünf Standorten in Berlin und weiteren in Brandenburg Aus- und Weiterbil-



Drittes Bölschefest

dung z.B. in den Branchen Handel, Banken und Versicherungen, aber auch im Hotel- und Gaststättenwesen sowie Kultur- und Veranstaltungsmanagement und vielem mehr.

3. Bölschefest

Zum 3. Mal in Folge wurde unter der Schirmherrschaft von **Oliver Scholz** MdB das Kinder-Bölschefest auf dem Marktplatz Friedrichshagen veranstaltet. Mehrere Hundert Kinder waren bei strahlendem Sonnenschein dabei. Die Frauen Union Treptow-Köpenick, als Veranstalter, hielt auch diesmal wieder kostenfreie bzw. kostendeckende Angebote für alle Familien vor. Unterstützt wurde diese Aktion von ortsansässigen Gewerbetreibenden und vielen freiwilligen Helfern.

Sauberkeit & Ordnung im Kiez

Passend zur CDU-Sommeraktion für Sauberkeit und Ordnung konn-



te die Steglitz-Zehlendorfer Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Bürgerdienste, **Cerstin Richter-Kotowski** (CDU) bei einer öffentlichen Veranstaltung der Firma Graffiti Frei GmbH

gratulieren. Nach den Lietzenseekaskaden in Charlottenburg engagiert sich diese auch bei dem Musikpavillon im Stadtpark Steglitz mit der kostenlosen Beseitigung von Graffiti und das mit einer blitzschnellen Reaktionszeit von 24 Stunden.

CDU informiert in Hohenschönhausen



Auch in den Ferien informierte die CDU Hohenschönhausen zusammen mit der JU Lichtenberg und dem Kümmerer-Mobil (UvO) der CDU Berlin über ihre Ideen zur Entwicklung des Ortsteils Alt-Hohenschönhausen. Bei dem monatlichen Infostand vor dem Storchenhof-Center diskutierten die CDU-Vertreter (Foto: **Patrick Pehl**, **Martin Pätzold**, **Daniel Knohr**) mit den Anwohnern. „Wir müssen den Standort am Obersee weiter aufwerten. Hier handelt es sich um eine der besten Einfamiliensiedlungen in Ost-Berlin“, sagte Martin Pätzold, CDU-Ortsvorsitzender.

DAS RUNDSCHAU-RÄTSEL



Der Auftakt zur Dialog-Tour von Ronald Pofalla fand unter großer Beteiligung der Medien im Konrad-Adenauer-Haus statt. Frohe Sommerstimmung aller Orten. Doch irgendjemand scheint die gute Laune ausgenutzt zu haben und hat prompt in 's Bild gelangt. Danach fehlen 5 Dinge im Foto. Können Sie diese Unterschiede

im unteren Bild finden? Als Preis gibt es diesmal einen Gutschein über 100 EUR vom Kulturkaufhaus Dussmann. Einfach im unteren Bild die Änderungen markieren, das Bild ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und bis zum 15. September an die Landesgeschäftsstelle (Wallstraße 14 A, 10179 Berlin)

senden oder dort abgeben. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. Wir werden den Gewinner benachrichtigen und in der nächsten Ausgabe veröffentlichen. Das letzte Rundschau-Rätsel hat Angelika Nack, 12349 Berlin, gewonnen. Wir gratulieren zur Reise nach Straßburg.

KBB

KOMMUNIKATION **K**

BERATUNG **B**

BILDUNG **B**

**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Linke-Ufer 8b
10999 Berlin**

**Tel. (030) 204 509 32
Fax (030) 204 509 33**

info@kbb-berlin.de

HERAUSGEBER UND VERLAG

CDU-Landesverband Berlin,
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04-44

REDAKTIONS LEITUNG:

Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR :

Dirk Reitze

REDAKTION:

Dirk Reitze, Jan Luther, Frank Marten, Ada Wendel

LAYOUT und PRODUKTION:

Verlag ante portas e. K.

BILDNACHWEIS

von oben links nach unten rechts:

S.1: 2 x Reitze, privat, Reitze;

S.2: Steuckardt;

S.3: Reitze, pro Reli, Lüders;

S.4: Reitze;

S.5: 3 x Reitze;

S.6: Luther, Reitze, 2 x Jörn Dargel, privat;

S.7: 2 x Luther;

S.8: 2x Reitze;

S.9: alle privat;

S.10: 2 x Reitze, wikimedia;

S.11: 3 x Reitze; S.12: Reitze;

S.13: Reitze, 4 x privat;

S. 14: alle privat;

S.15: Reitze;

S.16: Reitze, Rest privat

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Weg mit dem Dreck!

Müll, Graffitis, Hundekot – für fast die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner stellt die zunehmende Verwahrlosung der Hauptstadt die schwerwiegendste Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität dar. Mit ihrer Sommeraktion „Weg mit dem Dreck“ setzt sich die CDU für mehr Sauberkeit und Ordnung in Berlin ein und appelliert an den rot-roten Senat, das Thema nicht weiter links liegen zu lassen.

Kampagne appelliert die CDU Berlin an Rot-Rot, endlich etwas gegen die zunehmende Verwahrlosung der Hauptstadt zu unternehmen. Denn der viele Dreck ist für zahlreiche Berlinerinnen und Berliner ein sehr ärgerliches Problem. In einer weltweiten Umfrage zum Thema „Urbane Lebensziele“ im April dieses Jahres bezeichneten 43% der Berliner – und

damit doppelt so viele Befragte wie im internationalen Durchschnitt – die Verschmutzung ihrer Stadt als die mit Abstand schwerwiegendste Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität. Trotzdem sei das Thema Dreck offenbar kein Schwerpunktthema des rot-roten Senats, bemängelt der CDU-Landesvorsitzende Schmitt. „Während unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen die Müllhaufen noch binnen 24 Stunden beseitigt wurden, schmort der Antrag der CDU-Fraktion für



„Wir wollen uns für ein besseres Stadtbild engagieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, nicht achtlos mit der Stadt umzugehen“, formulierte der Landesvorsitzende Ingo Schmitt das Ziel der stadtweiten „Weg mit dem Dreck“ – Aktion der CDU Berlin. Zusammen mit dem Generalsekretär Frank Henkel startete Schmitt am 1. August 2008 die CDU-Kampagne für mehr Sauberkeit und Ordnung, in deren Rahmen den Berlinerinnen und Berlinern die Möglichkeit geboten wird, die dreckigsten Ecken der Hauptstadt zu benennen. Als „Transmissionsriemen zwischen dem Bürger und der verantwortlichen Stelle“, so Henkel, wolle die CDU im Zuge der Kampagne die angezeigten Dreckecken dokumentieren und an die Zuständigen weiterleiten, um gemeinsam eine Lösung für das jeweilige Problem zu finden. Um die Dreckecken zu dokumentieren wurden insgesamt 100.000 Postkarten in ganz Berlin verteilt sowie eine E-Mail-Adresse (sauber@cdu-berlin.de) eingerichtet, unter der die Orte gemeldet werden können. Mit ihrer

eine sauberere Stadt schon seit 2007 in der parlamentarischen Warteschleife“, so Schmitt. Doch Vermüllung, zerkratzte und zerstörte Busse und Bahnen, Graffiti-Schmierereien, herumliegender Hundekot sowie Glasscherben und Zigarettenkippen in Sandkästen dürften nicht länger einfach so hingenommen werden. „Wir wollen gemeinschaftlich eine saubere Stadt haben, weil wir auch eine offene, touristenfreundliche Stadt sind und ich finde, es macht einen guten Eindruck, wenn sich eine Stadt so anbietet, wie sie sein könnte, nämlich freundlich, grün und sauber“, so Schmitt abschließend.

Die Berlinerinnen und Berliner sind unserem Aufruf gefolgt und haben Dreckecken in Berlin aufgespürt. Hier ist eine kleine Auswahl der eingesandten Fotos.

